

Stellungnahme des Agrarausschusses der Niedersächsischen Landjugend e.V.

Ungeklärte Chancen für die deutsche Landwirtschaft

Zum Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung

Der Koalitionsvertrag der kommenden Ampel-Regierung steht. Unter dem neuen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir übernehmen die Grünen das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Im Koalitionsvertrag finden sich viele Details und geplante Neuregelungen im Bereich der Landwirtschaft.

Die im Koalitionsvertrag ab 2022 geplante Tierhaltungskennzeichnung, die auch Transport und Schlachtung umfasst und durch eine umfassende Herkunftskennzeichnung ergänzt werden soll, sieht der Agrarausschuss der Niedersächsischen Landjugend (NLJ) grundsätzlich als gutes Signal. Allerdings fehlen Aussagen über die Finanzierung im Koalitionsvertrag. Die Niedersächsische Landjugend fordert eine umfassende Berücksichtigung der Ergebnisse aus der Borchert-Kommission, insbesondere im Bereich der Investitionsförderung bezüglich der Halstungsstufen. „Unserem Wunsch nach 5D Schweinefleisch – geboren, aufgezogen, gemästet, geschlachtet, verarbeitet in Deutschland – muss die Politik nachkommen“, so der Agrarausschussprecher Lars Ruschmeyer. Das heißt auch, dass nicht nur die Weichen für eine Halstungskennzeichnung tierischer Produkte aus Deutschland gestellt werden müssen, sondern auch eine Herkunftskennzeichnung für Fleischimporte, damit an der Ladentheke eine bewusste Entscheidung für heimische Produkte getroffen werden kann. „Darüber hinaus sollte zukünftig auch mit den Ergebnissen der Zukunftskommission Landwirtschaft gearbeitet werden. Diese dürfen nicht in Vergessenheit geraten“, mahnt Agrarausschussprecherin Dorothee Möller.

Kritisch wird das Ziel gesehen, einen Anteil von 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 in Deutschland zu erreichen. „Einerseits wird im Koalitionsvertrag immer wieder von Angleichung europäischer Standards gesprochen, andererseits geht Deutschland über die angestrebten 25 Prozent Ökolandbau aus dem Green Deal¹ hinaus. Das ist alles andere als einheitlich“, kritisiert Lars Ruschmeyer, Sprecher des Agrarausschusses. Weiterhin gibt die NLJ zu bedenken, dass die ökologischen Erzeugnisse keinen ausreichenden Absatz am Markt finden. Bei einer Überproduktion drohen sinkende Preise. Nur bei entsprechender Nachfrage bleibt die Umstellung auf Ökolandbau aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten attraktiv. Daher muss es gelingen, Erzeugung und Absatz ökologischer Produkte zeitgleich zu steigern und nicht nur auf dem Papier festzulegen.

Die Reduktion von Pflanzenschutzmittel (PSM) wird, wie auch von der letzten Bundesregierung, recht einseitig als Mittel für den Insektenschutz hervorgehoben. Nach Meinung des Agrarausschusses der NLJ ist das zu kurz gegriffen und andere Sektoren sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Es muss bedacht werden, dass eine Reduktion von PSM zum stärkeren





Wir bewegen das Land.

Einsatz mechanischer Alternativen führt, die gleichzeitig eine erhöhte Klimabelastung darstellen. Auch hier gilt es, eine praktikable Balance zwischen Insekten- und Klimaschutz zu finden. Die Niedersächsische Landjugend befürwortet das Bekenntnis zu Pflanzenzucht, um Herausforderungen, wie reduziertem PSM-Einsatz, Wirkstoffresistenzen und dem Klimawandel zu begegnen, vermisst jedoch gleichzeitig eine Strategie, um diese Ziele zu erreichen sowie eine klare Position zu modernen Züchtungssystemen, wie CRISPR/Cas.

Weiterhin begrüßt der Agrarausschuss der NLJ die Pläne zur Etablierung eines Bestandsmanagements Wolf, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 30 ha bis 2030, Digitalisierung in der Landwirtschaft und einem Erschwernisausgleich in Schutzgebieten sowie die Einrichtung eines Bundesnaturschutzfonds.

„Im Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung sind viele gute Ansätze für die Landwirtschaft in Deutschland zu erkennen. Unklar bleiben leider oft Informationen über die konkrete Umsetzung“, meinen Dorothee Möller und Lars Ruschmeyer abschließend.

¹ Europäische Kommission (2021) „Europäischer Grüner Deal: Kommission stellt Maßnahmen zur Förderung der Bio-Produktion vor“

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_1275, Abruf am 01.12.2021

